



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Juni 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche in Berlin war geprägt vom entsetzlichen und erschütternden Terroranschlag in Mannheim, bei dem der junge Polizist Rouven Laur in Ausübung seines Amtes und im Einsatz für Freiheit und Demokratie von einem Islamistischen Attentäter getötet wurde.

Nach wie vor bleibt die Tat für mich unbegreiflich. Zudem machen mich die ewig gleichen Worthülsen nach solch schlimmen Ereignissen wütend. Ansagen wie ein Durchgreifen mit „aller Härte des Rechtsstaats“ müssen nun endlich auch Taten folgen.

Es gab aber auch zahlreiche andere Termine und Themen. So war ich zu Beginn der Woche beim Abend der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), bei der die umstrittene Krankenhausreform eines der zentralen Themen war und habe bei der Umweltwoche am Schloss Bellevue den Verband Region Rhein-Neckar besucht. Dort traf ich unter anderem Verbandsdirektor Ralph Schlusche, Landrat Stefan Dallinger sowie Yvonne Praehauser und Boris Schmitt aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Regionalmanagement des Verbands (Foto v.l.n.r.). Am Mittwoch, auf der Auftaktveranstaltung zur *DAAD Campus Initiative*, habe ich auf dem Podium mit Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger über das Potential internationaler Studierender diskutiert. Donnerstag folgte ein Besuch bei der Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung. Auf einer Kundgebung zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung konnte ich den Betroffenen Unterstützung zusichern. Mehr dazu und weiteren wichtigen Themen finden Sie im Newsletter.

Ihr



Ein Polizist starb, weil er uns alle schützte **Extremisten, Islamisten und dem politischen Islam entschieden entgegentreten**

Der grausame islamistisch motivierte Terroranschlag in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten schockiert uns alle. Wir sind zutiefst betroffen vom Tod des Polizisten Rouven Laur aus Neckarbischofsheim im Rhein-Neckar-Kreis.

Diese heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren bereits angespannt ist. Die Straßenkriminalität nimmt zu, die politisch motivierte Kriminalität ist in vielen Bereichen sprunghaft angestiegen. Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte, aber auch auf Ehrenamtliche und Politiker werden zur Regel. Die irreguläre Migration ist nicht gestoppt. Dies alles verunsichert das Land und trägt zu einer Polarisierung in der Gesellschaft bei. Die Bürger verlieren das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Es braucht jetzt schnelles und entschlossenes Handeln der Bundesregierung und sichtbare, wirksame Ergebnisse. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei. Die Bundesregierung darf nicht tatenlos zusehen, wie ein immer größeres, immer radikaleres islamistisches Milieu in unserem Land heranwächst.

Kalifats-Demos sind nur eine Seite dieser Gefahr. Welche konkreten Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, haben wir in unserem Antrag [„Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“](#) dargelegt. Leider wurde dieser von den Regierungsfractionen abgelehnt. Der Antrag ist übrigens keine Reaktion auf Mannheim, sondern bereits seit Wochen in den Gremien.

Wir brauchen eine echte Wende in der Asylpolitik, denn die Migrationskrise ist nicht gelöst. Zu den zahlreichen notwendigen Maßnahmen zählt eine Verschärfung der Abschiebungs- und Gewahrsamsregeln für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen für Straftäter und Gefährder durchgesetzt werden. Nicht zuletzt muss sich die Politik wieder hinter unsere Polizei stellen, die tagtäglich für unseren Schutz und unsere Sicherheit eintritt. Das strukturelle Misstrauen gegen unsere Polizei, das sich wie ein roter Faden durch die Politik der Ampel-Koalition zieht, muss ein Ende haben.



Internationale Studierende als Fachkräfte

Podiumsdiskussion mit Bildungsministerin Stark-Watzinger

Der Fachkräftemangel ist eine große Herausforderung für unseren Wohlstand. Gleichzeitig haben wir einen Höchstwert an internationalen Studierenden im Land. Junge Menschen mit Sprach- und Fachkenntnis und Interesse an Deutschland. Wie wir dieses Potential heben können, darüber habe ich am Mittwochabend mit Bildungsministerin Stark-Watzinger, DAAD Generalsekretär Dr. Kai Sicks, dem Außenwirtschaftschef der DIHK, Dr. Volker Treier, und Vertretern der Hochschulen diskutiert.

Anlass für die Podiumsdiskussion war die Auftaktveranstaltung der [Campus Initiative internationale Fachkräfte](#). Um die Anwerbung von internationalen Studierenden zu verbessern, ihren Studienerfolg zu sichern und sie nach Abschluss besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hat der Bundestag für die kommenden fünf Jahre über 120 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hiermit werden beispielsweise Sprachkurse und die Career-Center, die als Schnittstelle zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem fungieren, gefördert.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung habe ich mich seit März vergangenen Jahres für dieses Programm eingesetzt, denn zurzeit bricht fast die Hälfte aller internationalen Studierenden ihr Bachelorstudium in Deutschland ab. Beim Masterstudium sind es knapp über 30 Prozent. Bei rund 370.000 internationalen Studierende in Deutschland ist dies ein riesiges Potential, das uns zurzeit verloren geht.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Programme greifen und der Bund bei den Visastellen und Ausländerbehörden die Verfahren beschleunigt. Darauf werde ich weiter drängen.



Untersuchungsausschuss „Habeck Akten“ Grüne Ideologie wichtiger als sichere Energieversorgung?

Nachdem 2011 der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wurde, führten die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Trotz des Versprechens, einen Weiterbetrieb der Kernkraft ergebnisoffen prüfen zu wollen, haben die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke Anfang März 2022 einen Weiterbetrieb rigoros abgelehnt. Erstaunlich ist, dass die Minister keinen Einblick in den Entscheidungsprozess geben wollten. Die Freigabe der entsprechenden Akten mussten Journalisten erst gerichtlich durchsetzen.

Leider ist bis heute nicht klar, welche Kriterien bei der Entscheidung gegen einen Weiterbetrieb eine Rolle gespielt haben. Fakt ist, dass die Fachebene im Bundesumweltministerium aufgezeigt hat, unter welchen Voraussetzungen ein kurzzeitiger oder ein langzeitiger Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke möglich und mit der nuklearen Sicherheit verträglich wäre. Zugleich wiesen die Fachleute des Bundeswirtschaftsministeriums im März 2022 die wichtige Rolle der Kernkraft bei der Energiepreisentwicklung und der Versorgungssicherheit nach.

Bei Betrachtung der Sachlage drängt sich die Frage auf, ob bei dieser Entscheidung statt nach sachlichen Kriterien zur Energiesicherheit vielmehr nach der Logik grüner Parteipolitik getroffen wurde. Unserer Meinung nach hat die deutsche Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidung getroffen wurde und ob es von der politischen Führung im Wirtschafts- wie im Umweltministerium bewusste Einflussnahmen gegeben hat, um der Öffentlichkeit das Ergebnis einer fachlichen Prüfung vorzuenthalten und die Öffentlichkeit damit falsch zu informieren. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Um das Informationsrecht der Opposition und vor allem der Öffentlichkeit durchzusetzen, haben wir als Unionsfraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“ beantragt.



Familien steuerlich stärken

Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege

Themen wie fehlende Kinderbetreuungsplätze und auch der Pflegenotstand bedürfen politischer Lösungen, aber auch des Engagements einzelner. Einen wichtigen Part nehmen dabei die Familien ein. Wir haben deswegen den Antrag „[Familien steuerlich stärken – Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege](#)“ in den Bundestag eingebracht und in erster Lesung beraten. Unser Ziel ist es, Familien in ihrer täglichen Verantwortung und bei Pflegeaufgaben umfassend zu entlasten und zu unterstützen.

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, sie vermitteln Gemeinsinn und Solidarität. Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen erfordert jedoch viel Engagement und Zeit. Mit unserem Antrag fordern wir daher mehrere Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung von Familien, wie etwa einen steuerlichen Abzugsbetrag für familiennahe Dienstleistungen

Zudem soll ein steuerlicher Abzugsbetrag für Kinderbetreuungskosten in Höhe von 30 Prozent von maximal 6.000 Euro für die Betreuung oder Pflege von Angehörigen eingeführt werden. Auch Großeltern sollen familiennahe Dienstleistungen steuerlich geltend machen können, wenn sie die Kosten getragen haben. Darüber hinaus fordern wir die Ausweitung der Steuerbefreiung für Arbeitgeberleistungen zur Angehörigenbetreuung auf Kinder bis zum 14. Lebensjahr und für zu pflegende Angehörige. Schließlich sollen der Kinderfreibetrag und das Kindergeld 2024 deutlich angehoben und die Stufung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wieder eingeführt werden.

Für mich steht fest, dass sich berufliche Leistungsbereitschaft und familiäre Verpflichtungen nicht ausschließen dürfen. In unserem Land sollte gelten: Wer mehr arbeiten möchte, dem sollte dies parallel zur Verantwortung gegenüber der Familie möglich sein. Der vorliegende Antrag ist ein Ausdruck der Wertschätzung der Familienleistung, der längst überfällig ist.

Foto: CDU / Laurence Chaperon



Demonstration vor dem Reichstag

Finanzierung des psychotherapeutischen Nachwuchses sicherstellen

Im neuen Ausbildungssystem für die Ausbildung für Klinische Psychologie und Psychotherapie folgt auf das Masterstudium eine fünfjährige Weiterbildung. Bisher gibt es allerdings fast keine Weiterbildungsplätze, da deren Finanzierung nicht geregelt ist. Bei den Studentinnen und Studenten herrscht deswegen große Unsicherheit. Sie wissen nicht, ob sie nach dem Studium in die Weiterbildung starten können oder ob es überhaupt genug Plätze geben wird und das Berufsziel erreicht werden kann.

Als CDU/CSU-Fraktion haben wir die Bundesregierung bereits im vergangenen Herbst dazu aufgefordert, die gesetzlichen Regelungen über die Finanzierung der ambulanten und stationären Weiterbildung zu verbessern. Doch erst Ende Mai dieses Jahres ist ein Gesetzesentwurf hierzu von Gesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach auf den Weg gebracht worden. Ein Gesetzesentwurf, der jedoch wichtige Regelungen, etwa zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung in Praxen oder Kliniken, überhaupt nicht berücksichtigt.

Den vor dem Reichstag laut protestierenden Betroffenen habe ich versichert, dass sich meine Fraktion und ich persönlich weiter für finanzierte Weiterbildungsplätze, eine gesicherte angemessene Bezahlung und verlässliche und klare Aussagen der Politik einsetzen werden.



MdB Alexander Föhr



Wahlaufruf für den 9. Juni

Liebe Leserinnen und Leser,

am kommenden Sonntag, den 9. Juni, sind Kommunal- und Europawahlen. Bitte nutzen Sie Ihr Wahlrecht und animieren Sie auch Freunde, Bekannte, Nachbarn und sämtliche Familienmitglieder, von unserem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen.

Die Zeiten sind unruhiger geworden und die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Umweltschutz erreichen auch unsere Kommunen in der Kurpfalz. Wir brauchen daher kommunale Mandatsträger, die mit Maß, Mitte und einem gesunden Realitäts-sinn Verantwortung für die Zukunft unserer Region und die Zukunft Europas übernehmen. Dafür stehen die Listen unserer CDU-Verbände, die ich in allen 12 Städten und Gemeinden des Wahlkreises in den vergangenen Wochen und Monaten kennenlernen durfte.

Ich bitte Sie, sorgen Sie mit Ihrer Stimme für eine starke demokratische Mitte in Europa und unseren Kommunen.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080